

Antrag

der Abgeordneten Klaus Ernst, Ralph Lenkert, Christian Görke, Dr. Gesine Löttsch, Gökay Akbulut, Matthias W. Birkwald, Ates Gürpınar, Susanne Hennig-Wellsow, Jan Korte, Ina Latendorf, Caren Lay, Christian Leye, Thomas Lutze, Pascal Meiser, Sören Pellmann, Victor Perli, Heidi Reichinnek, Bernd Riexinger, Jessica Tatti, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Dr. Sahra Wagenknecht und der Fraktion DIE LINKE.

Bezahlbare Wärme sichern – Mehrwertsteuer auf Heizöl und Kohle senken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung hat es inmitten des ersten Winters der historischen Energiekrise versäumt, viele Millionen Deutsche beim Heizen zu entlasten. Ein Viertel der knapp 43 Millionen Wohnungen hierzulande bezieht seine Wärme in den kalten Monaten durch Erdöl. 10 Prozent der Bundesbürger haben laut einer repräsentativen Umfrage bis Ende November 2022 noch nicht geheizt – trotz landesweit vieler Tage mit Temperaturen um den Gefrierpunkt. Von den Befragten, die angaben, weniger zu heizen, sagen 56 Prozent, dass sie dies aus finanziellen Gründen tun („Umfrage: Jeder Zehnte hat bis Ende November noch nicht geheizt“, 6.12.2022, dpa). Diese kostenbedingten Einschränkungen beim Heizen gelten nicht nur für Gas- oder Fernwärmebezieher, sondern auch für diejenigen, die auf Erdöl und Kohlebriketts angewiesen sind. Die aktuellen Verbraucherpreise für das Heizen mit Erdöl sind im Vergleich zu 2019 um 123 Prozent gestiegen („Lange Preisreihen für leichtes Heizöl, Motorenbenzin und Dieselmotorenkraftstoff – Dezember 2022“, Statistisches Bundesamt, www.destatis.de, eigene Berechnungen). Die Haushalts-Verbraucherpreise für Erdgas sind im selben Vergleichszeitraum um 171 Prozent gestiegen (Verivox-Verbraucherpreisindex Gas, www.verivox.de, eigene Berechnungen). Die Bundesregierung muss die Bürgerinnen und Bürger deshalb bei diesen weiteren, zentralen Wärmeenergieträgern entlasten. Diese Frage berührt in hohem Maße sowohl das verfügbare Einkommen als auch das Gerechtigkeitsempfinden großer Teile der Bevölkerung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Gesetzentwurf zur Senkung der Mehrwertsteuer bei Heizöl und Kohlebriketts auf den ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent vorzulegen, sicherzustellen, dass die Reduzierung bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommt, und sich auf EU-Ebene im Rat für eine entsprechende Änderung der Mehrwertsteuersystemrichtlinie einzusetzen.

2. eine staatliche Preisbeobachtungsstelle einzurichten, die die Entwicklung der Erzeuger-, Großhandels- und Verbraucherpreise für alle Wärmeenergieträger detailliert erfasst, um größtmögliche Transparenz über Marktmacht im Wärmesektor herzustellen.

Berlin, den 28. Februar 2023

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion